

Die Armee im politischen Spannungsfeld

Autor(en): **Reck, Oscar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **49 (1976)**

Heft 5

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-518509>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Armee im politischen Spannungsfeld

*Zusammenfassung eines Referates von Oscar Reck, Chefredaktor Basler Nachrichten
am Rapport der Gz Div 5, 10. 1. 76*

Es gibt den Traum des gewaltlosen Widerstandes, einer Sicherheitspolitik ohne Armee; es gibt den Traum einer nach zivilen Mustern demokratisierten Armee, in der sich die politische Auseinandersetzung auch im militärischen Bereich fortpflanzt; und es gibt den Traum einer gegen die Politik abgeschirmten Armee, die nur ihren eigenen Gesetzen gehorcht: der Beurteilung der militärischen Lage und der Tradition.

Wer vom gewaltlosen Widerstand träumt, geht vom Indien Mahatma Gandhis und von der Tschechoslowakei im Jahre 1968 aus. Aber Gandhi hatte den britischen Rechtsstaat als Kontrahenten, und der tschechischen Gewaltlosigkeit entsprach die tschechische Kapitulation. Wer von der demokratisierten Armee träumt, verschliesst die Augen davor, dass es taugliche Streitkräfte ohne Hierarchie nie gegeben hat. Und wer von einer Armee träumt, welcher die Politik nur den finanziellen Rahmen setzt, verkennt ihre Funktion als Instrument des demokratischen Staates.

Jede Armee ist ein Politikum, und es bleibt mithin nur die Frage, in wessen Dienst sie steht und welchen Zweck sie zu erfüllen hat. Die Geschichte unseres Bundesstaates ist zugleich die Geschichte fortgesetzter Armeediskussionen. Als Ulrich Wille im vergangenen Jahrhundert aus schwachen Bürgerwehren das eidgenössische Milizheer schuf, musste er sich gegen parteipolitisch eingefärbte Obersten durchsetzen, die in ihren Untergebenen vorwiegend Wähler erblickten. Vor dem Ersten Weltkrieg kam es zu parlamentarischen und journalistischen Fehden darüber, weshalb in den hiesigen Manöveranlagen der Feind immer aus dem Westen komme. In den frühen zwanziger Jahren wurde sogar die Frage akut, ob man die Milizarmee nicht auflösen, sie durch eine kleine professionelle Söldnertruppe ersetzen und diese dem Völkerbund für Befriedigungsakte unterstellen solle. Dann folgte, bis Hitler zur Macht kam, die Ära des Pazifismus, in der die Armee mit kargen Rationen überlebte.

Nur gerade vor dem Zweiten Weltkrieg und im Aktivdienst war militärische Landesverteidigung kaum mehr ein Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung. Erst mit dem Ende des Krieges setzte die Diskussion wieder ein: mit der Frage, welche Folgen die Massenvernichtungswaffen für uns hätten; mit der Frage, ob der Partisanenkrieg ein Lehrstück sei; mit dem Hinweis darauf schliesslich, dass die Opfer der Zivilbevölkerung grösser als diejenigen der Kampftruppen geworden seien. Später ging es um die Möglichkeit einer Atombewaffnung, um die Waffenausfuhr, um die Dienstverweigerung, um die Militärjustiz, und es wären weitere Stichworte anzufügen, die deutlich machen, wie sehr die Armee ein demokratisches Politikum geblieben ist.

Die Problematik der militärischen Landesverteidigung wird sich auch damit nicht mindern, dass sie zum Bestandteil einer viel weiter gefassten Sicherheitspolitik geworden ist. Sie kann sich in den nächsten Jahren sogar noch erhöhen, weil eine gesamtheitliche Beurteilung der Anlässe, Mittel und Formen moderner Bedrohung es vollends verbietet, Militärisches isoliert zu betrachten. Die Armee ist kein Wert in sich selbst, sie ist ein Instrument, und es wäre töricht, sie für eine unverrückbare Grösse zu halten. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, dass unser Land mit seiner enormen zivilisatorischen und industriellen Massierung, als Wirtschafts- und Finanzmacht auf engstem Raum, zu einem der verletzlichsten Staaten Europas geworden ist; und wir müssen uns nur klar machen, wie sehr unsere Unabhängigkeit von einem immensen wirtschaftlichen Verflechtungsprozess unterlaufen worden ist, an dem andererseits unsere Wohlfahrt hängt, um zu erkennen, wie schwierig sicherheitspolitische Leitbilder geworden sind. Dass zu ihnen auch alles gehört, was den Frieden erhalten hilft, versteht sich von selbst. Wie begrenzt dabei angesichts der ungebrochenen Machtpolitik der Grossen die Möglichkeiten der Kleinen sind, kann freilich auch niemand verkennen.

So muss es in aller Ungewissheit bei beharrlichen sicherheitspolitischen Versuchen bleiben. Als einer ihrer Bestandteile ist die Armee überhaupt nicht auszuklammern, während Europa in Waffen starrt wie noch nie zuvor. Weder können wir, bei aller Unwahrscheinlichkeit, einen neuen Neutralitätsdienst ausschliessen, noch einen militärischen Zugriff; und Verteidigung durch Nichtverteidigung ist keine Möglichkeit. Daraus ergibt sich die klar erkennbare

politische Notwendigkeit, der Armee im Gefüge der Sicherheitspolitik Platz und Mittel zu sichern, solange der überlieferte Kleinstaat von seiner Bürgerschaft getragen wird, und solange er sich Sicherheit nicht im Bedürfnis mit Grossen ausborgt.

Geht es also nicht um Sein oder Nicht-Sein der Armee, so doch um ihr Wie-Sein. Sie muss dem Wandel äusserer Bedrohung und dem waffentechnischen Wandel folgen. Dabei behindern sie nicht nur die kargen kleinstaatlichen Mittel, sondern auch die Tradition: Armeen sind konservative Gebilde. Die Tradition nämlich hat nicht nur ihre Grösse, sie kann auch zur Last werden, die Last zum Laster und das Laster zum Fluch. Die Armee taugt zur Abschreckung, zum — immer nur begrenzten — Schutz, aber auch als schweizerischer Integrationsfaktor genau so lange etwas, als sie als Instrument glaubhaft ist. Sobald aber nur noch der Schein herrscht, betrügt sich der Staat, und sind Bürger und Soldat um die aufgewendeten Gelder, um die aufgewendete Zeit und die aufgewendete Kraft geprellt. Wir bezahlen dann für eine Ausstattung-Revue und nicht für unsere Sicherheit.

Damit nun aber, dass wir die Armee als ein Instrument unserer staatlichen Politik kennzeichnen und als nichts sonst, stellen wir zweierlei fest. Einmal: dass es nicht die Sache der Armee sein kann, ihre eigene Existenz zu rechtfertigen — diese Rechtfertigung ist vielmehr und allein die Sache der politischen Behörden und der direkten Demokratie. Und ferner: dass es in der Armee selbst, wenn sie glaubhaft sein soll, nur um eine sinnvolle Ausbildung mit dem ständigen Blick auf die gegebenen Ziele und um einen gleicherweise sinnvollen Dienstbetrieb gehen kann. Das allein ist es, was das Instrument sich selber schuldet: für die ihm zugedachte Bestimmung tauglich zu sein. Die Armee bedarf auch im Zeitalter der Werbewirtschaft keiner zusätzlichen Imagepflege — sie braucht ihre Arbeit nur zugänglich zu machen. Und sie muss sich auch um den vielberufenen Geist der Truppe nicht sorgen, solange sie politisch von Volk und Behörden getragen ist und sie ihr Ziel konsequent und einleuchtend verfolgt. Wenn aber diese Voraussetzungen fehlen, hilft auch «Heer und Haus» nicht mehr weiter — es wäre ohnehin an der Zeit, diese vormals sinnreiche, nun aber von lauter Missverständnissen durchsetzte und umgebene Dienststelle aufzulösen und der internen Armeed-Information einen neuen Boden zu legen.

Wenn die Armee, was zu zeigen war, nie aus dem politischen Spannungsfeld zu lösen ist, bleibt sie auch permanenter Gegenstand der Kritik. Zu wünschen wäre ihr und der ganzen Sicherheitspolitik nicht weniger, sondern gründlichere Kritik — eine Kritik, an der weniger leicht vorbeizukommen wäre als am meisten, was heute vorgebracht wird.

Schweizer Soldat und Disziplin

An der Beförderungsfeier der Infanterie-Offiziersschule 5 in Neuenburg erklärte Staatsrat François Jeanneret, Präsident der Konferenz der Kantonalen Militärdirektoren, unter anderem: «Unsere staatliche Gemeinschaft, welcher die Armee unterstellt ist, erwartet von Ihnen die Erfüllung eines Auftrages. Also muss diese Gemeinschaft auch ganz klar wissen, was sie will. Und sie muss es Ihnen deutlich sagen. Auf Ihre Fragen will ich darum ohne Umschweife antworten.

Es stimmt absolut nicht, dass wir gewissen Leuten Gelegenheit bieten, unsere Landesverteidigung in Unordnung zu bringen. Ebenso falsch ist es zu glauben, die Disziplin müsse verschwinden und die Chefs müssten ihre Autorität nicht mehr beweisen, auch ist es nicht wahr, dass die Armee nach den Regeln der permanenten Diskussion geführt werden sollte.

Sie müssen heute mit der Überzeugung heimkehren — und ich habe den Auftrag der verantwortlichen Behörden der Kantone und des Bundes, Ihnen das zu sagen —, dass es nicht in Frage kommt, die Armee unserer Demokratie und die Anarchie miteinander zu verwechseln.

Die Landesverteidigung muss Gegenstand öffentlicher, ernsthaft und würdig geführter Auseinandersetzungen bleiben. Wenn aber einmal ein Truppenteil mobilisiert hat, gibt es für alle — vom Soldaten bis zum Kommandanten — nur noch eine rechtsgültige Regel: die Disziplin. Ohne sie gibt es keine Ordnung, nur Diktatur. Nur eine geführte Armee ist die Armee eines freien Landes».